Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/3621

31. 01. 96

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Ilse Janz, Ernst Bahr, Christel Deichmann, Annette Faße, Reinhold Hemker, Marianne Klappert, Werner Labsch, Kurt Palis, Dr. Hermann Scheer, Horst Sielaff, Wieland Sorge, Dr. Peter Struck, Margitta Terborg, Jella Teuchner, Dr. Gerald Thalheim, Matthias Weisheit, Heidemarie Wright, Rudolf Scharping und der Fraktion der SPD

zur Großen Anfrage der Abgeordneten Peter Harry Carstensen (Nordstrand), Renate Blank, Peter Bleser, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Dr. Hermann Otto Solms, Günther Bredehorn, Ulrich Heinrich, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der F.D.P.
– Drucksachen 13/1633, 13/2583, 13/3044 (Berichtigung) –

Lage der Fischerei

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die deutsche Hochsee- und Kutterfischerei befindet sich nach wie vor in einer schwierigen Situation. Die Fischereipolitik der Bundesregierung bietet den Hochsee- und Kutterfischern keine ausreichende Perspektive, die Arbeitsplätze der noch verbliebenen 5 000 Fischer sind stark gefährdet. Die jetzt von der EU festgelegten neuen Fangquoten für 1996 verschärfen die angespannte wirtschaftliche Situation der Fischer. Die Quotenverluste in der Nordsee sind besonders schmerzlich und können auch nicht durch eine Quotenheraufsetzung in der Ostsee ausgeglichen werden. Die Einkommensentwicklung in der gesamten Fischerei hat sich 1995 bis auf wenige Ausnahmen weiter verschlechtert. Viele Betriebe der Kutterfischerei haben in den letzten fünf Jahren durch drastische Quotierungen Umsatzeinbußen von über 50 % hinnehmen müssen und sind jetzt in ihrer Existenz bedroht.

Die durch die Entwicklung des internationalen Seerechts eingetretenen neuen Rahmenbedingungen und die damit verbundene ausschließliche Nutzung der Fischbestände im Rahmen einer 200 sm Fischereizone durch die jeweiligen Anrainerstaaten haben zu einer drastischen Verringerung der deutschen Fischereiflotte in den vergangenen Jahren geführt. Dadurch ist die Eigenversorgung mit Fisch in Deutschland stark zurückgegangen – mittlerweile ist der Selbstversorgungsgrad auf unter 20 % gesunken. Für die Ver-

sorgung des deutschen und des Gemeinschaftsmarktes ist die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Fischwirtschaft erforderlich – eine eigene Fischereiflotte mit ausreichenden Fischereikapazitäten daher unabdingbar. Forderungen, die Kapazitäten der deutschen Fischerei weiter zu reduzieren sind ungerechtfertigt und berücksichtigen nicht den bisher schon vollzogenen Schrumpfungsprozeß der deutschen Fischereiflotte, die schon wesentliche Vorleistungen beim vorgeschriebenen Kapazitätsabbau erbracht hat.

Die gemeinsame Marktpolitik mit planwirtschaftlichen Instrumenten auf der Fangseite (Quotenregelungen) und anwachsenden Billigeinfuhren auf der Marktseite mit dem damit verbundenen Preisdruck bedrohen die Seefischerei in ihrer Existenz. Die Instrumente der gemeinsamen Marktordnung schaffen es nicht, gleiche Wettbewerbsbedingungen herzustellen und den unlauteren Wettbewerb durch Drittstaaten zu verhindern.

Trotz der geringen Zahl der Beschäftigten hat die Fischerei und Fischindustrie für die strukturschwachen Küstenregionen, an denen sie konzentriert ist, eine ganz erhebliche wirtschaftliche Bedeutung. Bei einer Aufgabe des Fischereibetriebes sind Beschäftigungsalternativen nicht im ausreichenden Maß vorhanden, da die Arbeitslosigkeit in diesen Gebieten überdurchschnittlich hoch ist. Die schwierige Lage der Fischerei verstärkt so die Probleme in den Küstenregionen.

Die Situation der Fischer wird sich auch 1996 nicht verbessern. In dieser für die Fischerei so schwierigen Lage muß die Bundesregierung endlich verläßliche Rahmenbedingungen für die deutsche Fischereiflotte schaffen. Dies beinhaltet ausreichende Haushaltsmittel,

- um die Modernisierung und den Neubau der teilweise stark veralteten Fischereifahrzeuge voranzutreiben;
- um die Abwrackprämien so auszustatten, daß sie den Fischern, die aus Altersgründen oder aufgrund der wirtschaftlichen Lage die Fischerei aufgeben müssen, eine gesicherte Existenz ermöglichen;
- um die Stillegungsprämie, die sich als Instrument zur zeitweisen Reduzierung des Fangaufwandes bewährt hat, auch weiterhin an die Fischer weiterzugeben.

2. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- eine Gesamtkonzeption für die zukünftige deutsche Fischerei vorzulegen und verläßliche Rahmenbedingungen für eine wettbewerbsfähige Fischereiflotte zu schaffen;
- die Entwicklung wirtschaftlicher Aktivitäten in den Gebieten zu fördern, die im besonderen von den Auswirkungen der Probleme der Fischerei betroffen sind;
- den Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten der deutschen Fischerei energisch entgegenzuwirken, die durch Mißachtung geltender Bestimmungen, z. B. der Ursprungsregeln, Zollsätze, Fangquoten, Hygienevorschriften und Vermarktungsnormen

entstehen. Insbesondere mit Norwegen bedarf es im Interesse gleicher Wettbewerbsbedingungen dringend klärender Abkommen;

- weiterhin die Gemeinschaftswerbung der Fischwirtschaft zu erhalten und deren gesetzlich geregelte Finanzierung über die Erhebung von Sonderausgaben auf Fänge der deutschen Seefischerei und die Produkte der deutschen Fischindustrie dauerhaft zu sichern. Die Arbeit des unabhängigen Fischwirtschaftlichen Marketing Instituts (Fima) für die gesamte Fischwirtschaft und als Interessenvertretung der Verbraucher hat sich bewährt und muß fortgesetzt werden;
- die Bemühungen der Fischwirtschaft um einen besseren Absatz für die Fischarten zu unterstützen, insbesondere bei den Fischen, deren Quoten aufgrund der geringen Nachfrage nicht abgefischt werden können;
- sich in der EU dafür einzusetzen, daß die Mitgliedsländer, die die Ziele des MAP erreichen, eine verbesserte Förderung für Neu- und Umbauten erhalten, um auch weiterhin Rentabilität und Wettbewerbsfähigkeit der Fischereiflotte zu gewährleisten: Eine Flottenerneuerung aus eigener Kraft kann die deutsche Fischerei nicht durchführen. Sie ist dabei weiterhin auf die Investitionsförderung durch EU- und nationale Mittel angewiesen;
- bei der Vorbereitung des neuen „Mehrjährigen Ausrichtungsprogramms für Fischereiflotten der Gemeinschaft 1997–1999" (MAP IV) rechtzeitig Fischerei und Fischwirtschaft an den Beratungen zu beteiligen;
- in der EU auf eine Fortsetzung und Intensivierung der Kontrollen der Treibnetzfischerei hinzuwirken;
- sich in den internationalen Gremien für die Einführung einer Kormoran-Bestandsfeststellung einzusetzen;
- die Fischereiforschung zu intensivieren. Dabei sollte insbesondere die Entwicklung selektiver Fangtechniken zur Vermeidung des Fangs untermaßiger Fische verstärkt berücksichtigt werden.

Bonn, den 31. Januar 1996

Ilse Janz
Ernst Bahr
Christel Deichmann
Annette Faße
Reinhold Hemker
Marianne Klappert
Werner Labsch
Kurt Palis
Dr. Hermann Scheer
Horst Sielaff
Wieland Sorge
Dr. Peter Struck
Margitta Terborg
Jella Teuchner
Dr. Gerald Thalheim
Matthias Weisheit
Heidemarie Wright
Rudolf Scharping und Fraktion

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333